

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote, Thomas Gehring, Renate Ackermann, Maria Scharfenberg, Theresa Schopper, Simone Tolle, Claudia Stamm** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Fakten zur Entwicklung der Lehrerinnen- bzw. Lehrerstellen und Unterrichtsversorgung auf den Tisch!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Im Bildungsressort entstehen Einsparungen, die einerseits durch Schülerinnen- bzw. Schülerrückgang, andererseits durch die Verkürzung der gymnasialen Ausbildungsdauer ab dem Schuljahr 2011/2012 bedingt sind. Die so genannte „demographische Rendite“, also die frei werdenden Planstellen, die durch die sinkenden Schülerinnen- bzw. Schülerzahlen bedingt sind, wird laut Koalitionsvertrag in vollem Umfang im Bildungssystem bleiben, um die Bedingungen für die Schulen weiter zu verbessern. Zum Abbau großer Klassen an staatlichen Schulen sind außerdem im Koalitionsvertrag pro Schuljahr mindestens 1.000 zusätzliche Lehrerstellen vorgesehen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, unverzüglich im Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport zu berichten, erstens, welchen Umfang die frei werdenden Kapazitäten ausmachen, zweitens, wie viel zusätzliche Mittel darüber hinaus für die Verbesserung des Bildungssystems eingesetzt werden, und drittens, für welche konkreten Bildungsbereiche diese Mittel eingesetzt werden?

Insbesondere soll dabei auf folgende Fragestellungen eingegangen werden:

1. Wie errechnet sich die demographische Rendite vom Basisjahr der Berechnungen des Kultusministeriums bis 2020 jährlich?
 - a) Welcher rechnerische Bedarfsrückgang ergibt sich so bis 2020 beim Personal an Schulen?
 - b) Welche finanziellen Mittel werden durch den Rückgang der Schülerinnen- bzw. Schülerzahl bis 2020 jährlich rechnerisch frei?
2. Wird das Plus, das sich aufgrund des Schülerinnen- bzw. Schülerrückgangs ergibt, exakt zur Verbesserung der Bildungsqualität eingesetzt?

- a) In welche zentralen Aufgaben soll in welcher Höhe investiert werden?
- b) Wie wird die Staatsregierung sicherstellen, dass die durch den Schülerinnen- bzw. Schülerrückgang entstehende demographische Rendite im Lehrstellenplan für pädagogische Verbesserungen genutzt werden kann?
3. Wie werden die Lehrerinnen- bzw. Lehrerstellen zum Abbau großer Klassen (laut Koalitionsvertrag) finanziert?
 - a) Werden diese Lehrerinnen- bzw. Lehrerstellen aus der demographischen Rendite umgeschichtet?
4. Wie hoch sind die Einsparungen, die durch die Umstellung des neunjährigen Gymnasiums auf das G8 bedingt sind?
 - a) Wann werden, nach ev. anfänglichem Mehraufwand, diese Einsparungen frei?
 - b) Wie viele Mittel, die durch die Verkürzung der gymnasialen Ausbildung eingespart werden, gehen an das Ressort Hochschule? In welchem Umfang werden hierbei finanzielle Mittel oder Stellen umgeschichtet bzw. Lehrerinnen und Lehrer an Hochschulen abgeordnet?
5. Wie ist die Entwicklung der Schülerzahlen bis zum Jahr 2020 je Schultart?
 - a) Welche Auswirkungen und Handlungsoptionen sieht die Staatsregierung für das Grundschulangebot im ländlichen Raum?
 - b) Für welche Schulstandorte kann keine Bestandsgarantie gegeben werden?
6. Wie viele Planstellen werden durch Ruhestandsversetzung jährlich bis 2020 frei und wie viele dieser Stellen werden durch Wiedereinstellung besetzt?

Begründung:

Nach wie vor besteht in allen Bildungsbereichen großer Handlungsbedarf. Ungeklärt ist bislang, ob tatsächlich zusätzliche Lehrerinnen- bzw. Lehrerstellen geschaffen werden und damit der Gesamtbestand an Lehrerinnen- bzw. Lehrerstellen ansteigt.

Mit diesem Antrag sollen die Planungen der Staatsregierung zur Unterrichtsversorgung und Umschichtung von Lehrerinnen- bzw. Lehrerstellen transparent gemacht werden.